

PANEL 1: IT/DAT

**BERLIN ALS HAUPTSTADT DER
DIGITALISIERUNG – EINE
DIGITALE AGENDA FÜR BERLIN**

**KLAUSURTAGUNG DER CDU-FRAKTION BERLIN
FREITAG, 20. JUNI 2014**

CDU

FRAKTION
BERLIN

1 ANTRAG PANEL 1: IT/DAT

2 BERLIN ALS HAUPTSTADT DER DIGITALISIERUNG – 3 EINE DIGITALE AGENDA FÜR BERLIN

4 Die Digitalisierung erreicht zunehmend alle Lebensbereiche des Menschen und wirft kon-
5 tinuierlich neue Fragen auf. Wird sich unsere Stadt verändern? Was bedeutet das für die
6 Berliner Verwaltung? Werden sich Art und Weise der politischen Teilhabe verändern? Wie
7 muss eine urbane Infrastruktur der Zukunft aussehen?

8 Berlin gilt als Gründerhauptstadt und als digitaler Trendsetter. Wenn wir nicht den An-
9 schluss an die Weltspitze verlieren wollen, müssen wir Berlin von einer Gründerhauptstadt
10 zu einer Hauptstadt der Digitalisierung weiterentwickeln. Dafür wollen wir als Berliner
11 CDU-Fraktion die Voraussetzungen mit einer Digitalen Agenda für Berlin schaffen.

12 **1. Modern, effizient, bürgerfreundlich – Wir machen Berlin zum Vorrei- 13 ter für E-Government in Deutschland.**

14 Ein wirtschaftlich erfolgreiches und modernes Berlin setzt eine funktionierende und effek-
15 tive Verwaltung voraus – dies trifft auf das analoge als auch auf das digitale Zeitalter zu.
16 Zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government) sind strukturelle Verände-
17 rungen unumgänglich.

18 Ziel ist die Digitale Dividende, die allerdings weniger in der Senkung der Verwaltungskosten,
19 sondern vielmehr in der Steigerung der Leistungsfähigkeit von Verwaltungshandeln
20 besteht. Eine effektivere öffentliche Verwaltung mit einem vereinfachten Zugang erzeugt
21 einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn zum Beispiel Unternehmen schneller ihre
22 Bescheide bekommen oder Bürger weniger Zeit auf Ämtern verbringen müssen.

23 Berlin tut viel um seine Verwaltung zu modernisieren. Berlin soll sich eine E-Government-
24 Strategie geben und Ziele definieren und diese durch ein Berliner E-Government-Gesetz
25 mit Leben erfüllen.

26 Aber die Stadt steht nach wie vor vor großen Herausforderungen, so sind etwa erst 12%
27 der insgesamt ca. 75.000 IT-Arbeitsplätze in der Berliner Verwaltung standardisiert. Es

28 existiert eine unüberschaubare Zahl von Einzellösungen, wenig abgestimmt aufeinander,
29 häufig nicht medienbruchfrei, nicht selten veraltet.

30 In einer Metropole, die als Ideen- und Wissenspool wahrgenommen wird, darf die Verwal-
31 tung nicht die Rolle eines hinterher hinkenden Tankers einnehmen.

32 **Ziele**

33 **Die Berliner Verwaltung muss beim Thema Digitalisierung mit gutem Beispiel voran-**
34 **gehen.** Die Verwaltung muss in ihrem Angebot und Handeln den Bürgernutzen maximie-
35 ren, um so die Akzeptanz der Bürger zu erhöhen. Wir sprechen uns für eine Umkehrung
36 der Verantwortung aus: Nicht Bürger bringen Dokumente mit, sondern die Verwaltung
37 stellt sie bereit. Nur so schaffen wir den Weg vom Amt hin zum Dienstleister.

38 **Die IT-Arbeitsplätze und die Serverlandschaft in der Berliner Verwaltung müssen stan-**
39 **dardisiert werden.** Auch im Jahr 2014 gibt es noch Rechner in der Verwaltung, die unter
40 dem Betriebssystem Windows XP laufen. Die Standardisierung genießt daher sowohl zur
41 Vermeidung von Sicherheitsrisiken und zur Verbesserung der Arbeitssituation der Mitar-
42 beiter in der Verwaltung hohe Priorität. Auch birgt die Standardisierung in der Beschaf-
43 fung erhebliche Kostensenkungsmöglichkeiten. Wir sprechen uns für ein schrittweises
44 Vorgehen aus. Ziel muss sein, dass ab dem Jahr 2016 alle neu angeschafften IT-
45 Arbeitsplätze standardisiert sind.

46 **Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Berliner Verwaltungen forcieren.** Die de-
47 zentrale Struktur der Berliner Verwaltung birgt Herausforderungen auf dem Weg zur digi-
48 talen Verwaltung. Der ausschließliche Fokus auf eine Zentralisierung ist wenig förderlich.
49 Wir streben daher an, einzelne Teilbereiche zu zentralisieren, um so eine Netzwerkstruktur
50 innerhalb der Berliner Verwaltung zu schaffen. Sinn und Zweck muss sein, einen gesunden
51 Wettbewerb zwischen den Bezirksverwaltungen zu forcieren, umso so ein Klima für die
52 Digitale Agenda in Berlin zu setzen.

53 **Deutschland braucht eine einheitliche Digitale Agenda und Berlin führt diesen Diskurs**
54 **an.** Wir müssen die Berliner E-Government-Bestrebungen mit den Entwicklungen im Bund
55 und anderen Ländern (z.B. Brandenburg) besser koppeln. Ziel ist eine Digitale Agenda für
56 Deutschland. Diese Diskussion muss Berlin anführen!

57 **2. E-Government ohne E-Akte geht nicht – Wir entsorgen die Aktenwa-**
58 **gen in der Berliner Verwaltung**

59 Die elektronische Akte (kurz E-Akte) ist die Voraussetzung für eine digitale Verwaltung.
60 Mit der E-Akte wird der Verwaltung ermöglicht, einen digitalen, einheitlichen und ganz-
61 heitlichen Blick auf Vorgänge zu erhalten.

62 Erfolgreiche Implementierungen, etwa in Österreich und Dänemark, zeigen, dass neben
63 Effizienzgewinnen vor allem die Mitarbeiter der Verwaltung von der E-Akte profitieren. So
64 führt die E-Akte zu einer Entlastung der Mitarbeiter, da sie ein effizienteres Arbeiten er-
65 möglicht.

66 **Ziele**

67 **Die Implementierung der E-Akte soll sich stufenweise vollziehen:** Die E-Akte hat die
68 höchste Priorität bei allen E-Government-Bestrebungen, da sie die digitale Grundlage für
69 alle weiteren Vorhaben setzt. Unser erklärtes Ziel hierbei ist es, bis 2016 sechs Behörden
70 mit insgesamt 3500 Arbeitsplätzen mit der E-Akte ausgestattet zu haben. Bis 2018 sollen
71 insgesamt 21.500 weitere Arbeitsplätze – und damit ein Drittel der insgesamt 75.000 Ar-
72 beitsplätze - mit der E-Akte ausgestattet werden.

73 **Die Finanzierung der E-Akte muss sichergestellt werden.** Das Land Berlin muss die Fi-
74 nanzierung dieses Projekts sicherstellen. Wir fordern daher den Finanzsenator auf, den
75 Koalitionsvertrag zügig zu realisieren und einen Haushaltsplan für die Jahre 2016 und 2017
76 vorzulegen, der die Beschaffung der E-Akte im beschriebenen Umfang ermöglicht.

77 **E-Akte geht nicht ohne E-Vorgangsbearbeitung.** Dazu müssen Geschäftsprozesse an
78 digitale Verfahren angepasst und optimiert werden.

79 **Wir führen die E-Akte für die Mitarbeiter in der Verwaltung ein.** Wir möchten durch die
80 Implementierung der E-Akte zu einer Entlastung der Mitarbeiter in der Berliner Verwal-
81 tung beitragen, etwa durch einen geringeren Verwaltungsaufwand und durch das Schaffen
82 der Möglichkeit des mobilen Arbeitens.

83 **Die Einführung der E-Akte setzt die Schulung der Mitarbeiter voraus.** Wir setzen uns
84 dafür ein, die Mitarbeiter angemessen auf diesen Veränderungsprozess vorzubereiten und
85 sie dabei zu begleiten.

86 **3. Eine Digitale Agenda braucht Führung – Wir wollen einen *Chief In-*** 87 ***formation Officer (CIO) für Berlin.***

88 Veränderungen brauchen ein Ziel und zur Erreichung des Zieles braucht es Führung: Füh-
89 rung bei der Umsetzung der digitalen Agenda für Berlin.

90 Insgesamt verfügt Berlin über 78 Behörden mit jeweils eigenen Zuständigkeiten. Diese
91 dezentrale Verwaltung birgt insbesondere Herausforderungen für eine einheitliche IT-
92 Strategie sowie bei der IT-Harmonisierung.

93 Viele Unternehmen, aber auch erste Landes- und Bundesbehörden, haben daher die Posi-
94 tion eines Chief Information Officers geschaffen. Dabei handelt es sich um einen leitenden
95 Mitarbeiter für die strategische und operative Steuerung und Umsetzung der Informati-
96 onstechnologie und -verarbeitung.

97 ***Ziele***

98 **Berlin braucht einen CIO mit zentraler Budgetverantwortung und Handlungskompe-**
99 **tenz.** Denn nur mit einem CIO kann die zentrale Steuerung und Umsetzung verwaltungs-
100 modernisierender Maßnahmen bei 78 Behörden sichergestellt werden. Und noch viel
101 wichtiger: Nur ein CIO kann in unseren Augen den politischen Konsens herstellen. Er setzt
102 das Klima für die Digitale Agenda Berlins. Die Aufgabe soll dem für Verwaltung zuständi-
103 gen Staatssekretär im Innenressort übertragen werden.

104 **Der Berliner CIO braucht volle Rückendeckung und Unterstützung.** In vielen Unter-
105 nehmen heißt es, ein CIO sei wichtig – aber noch viel wichtiger sei ein CEO, der weiß, dass
106 er einen CIO braucht. Das trifft auch auf Berlin zu. Die Notwendigkeit, aber auch der
107 Mehrwert eines CIOs, muss sich nicht nur in der gesamten Berliner Verwaltung verbreiten,
108 sondern auch beim Regierenden Bürgermeister. Zu seiner Unterstützung braucht der Ber-
109 liner CIO einen Stab mit themenspezifischen Fachreferenten, etwa für Anliegen rund um
110 die E-Akte.

111 **Der Berliner CIO muss liefern.** Der Berliner CIO muss auf Resultate und Erfolge setzen
112 und wird auch daran gemessen. Nur so können Akzeptanz bei Bevölkerung und Mitarbei-
113 tern erhöht werden. Erste Ansatzpunkte sind aus unserer Sicht die Identifikation von für
114 eine Zentralisierung infrage kommenden Teilbereichen in der Berliner Verwaltung. Dar-
115 über hinaus käme dem CIO eine Schlüsselrolle beim Fördern einer Netzwerkstruktur in-
116 nerhalb der Berliner Verwaltung zu, um den Wettbewerb zu fördern.

117 **4. Menschen sind wichtiger als Rechner – Wir müssen die Mitarbeiter in** 118 **der Verwaltung mitnehmen.**

119 Die Berliner Verwaltung beschäftigt rund 100.000 Mitarbeiter. Eine Digitale Verwaltung in
120 Berlin wird sich nur umsetzen lassen, wenn wir die nötige Akzeptanz bei diesen Mitarbei-
121 tern herstellen. Der Innovationsgeist der Stadt muss auch nach innen proklamiert werden!

122 Wir müssen anerkennen, dass sich durch Digitalisierung die Arbeitswirklichkeit der Men-
123 schen ändert. Studien zeigen, dass sich die Ansprüche der Menschen an ihren Arbeitsplatz
124 verändern. Flache Hierarchien, flexible Arbeitszeit- und Karrieremodelle oder etwa ein
125 innovatives Arbeitsumfeld stehen im Fokus heutiger Arbeitnehmer.

126 **Ziele**

127 **Wir wollen ein neues und modernes Arbeitsklima in der Berliner Verwaltung.** Die Berli-
128 ner Verwaltung ist ein attraktiver Arbeitgeber und muss dies auch in Zukunft bleiben! Es
129 ist dabei zu klären, welche Anreizsysteme notwendig sind, um die erforderlichen Verände-
130 rungen in der Berliner Verwaltung umzusetzen. Das können etwa neue, flexible Arbeits-
131 zeitmodelle und Arbeitszeitkonten sein. Schlussendlich muss die Berliner Verwaltung neue
132 Anreizsysteme einführen. So haben Unternehmen schon lange erkannt, dass die richtigen
133 „Benefits“ nötig sind, um Mitarbeiter langfristig zu halten. Dies müssen wir in die Berliner
134 Verwaltung tragen. Als Service für die Mitarbeiter möchten wir beispielsweise ein landes-
135 weites Beschäftigungsportal (Intranet) sowie eine Online-Pensionsauskunft einführen.

136 **Digitale Erfahrungen müssen zu digitalen Chancen werden.** Dort wo es nötig ist müssen
137 wir die Rollen der Mitarbeiter neu definieren. Es sollen Wege gefunden werden, um die
138 strengen Laufbahnvorschriften zu lockern und digitale Qualifikationen bei Bedarf besser

139 zu bezahlen. Um mit möglichen Gehaltsentwicklungen bei privaten IT-Unternehmen mit-
140 halten zu können, muss die Berliner Verwaltung vor diesem Hintergrund attraktiver wer-
141 den.

142 **Wir setzen uns für die Schaffung neuer Karrierepfade ein.** Wir wollen neue Karrierepfade
143 für IT-Projektmanager schaffen. Diese sind wichtig, um die Digitalisierung der Verwal-
144 tung zu realisieren, insbesondere bei Großprojekten. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
145 ein internes IT-Beratungsforum („In-House-Consulting“) in der Berliner Verwaltung zu
146 etablieren. Dazu ist es nötig, dass sich die vorhandenen IT-Projektmanager aus allen Ver-
147 waltungen vernetzen, um so Erfahrungen auszutauschen und die besten technischen und
148 wirtschaftlichen Verfahren zu finden („Best Practice“).

149 **Einsatz privater mobiler Endgeräte in der Berliner Verwaltung („Bring your own De-
150 vice“).** Wir setzen uns dafür ein, dass Verwaltungsmitarbeiter ihre privaten Endgeräte für
151 ihre berufliche Tätigkeit in der Berliner Verwaltung nutzen können. Dies betrifft Laptops,
152 aber auch Smartphones. So wollen wir den Mitarbeitern ein flexibleres Arbeiten ermögli-
153 chen. Im Zuge dessen wollen wir den Diskurs führen über die Tätigkeit außerhalb der Bü-
154 ros, etwa von zuhause aus, um so zur „Work Life Balance“ der Mitarbeiter beizutragen.
155 Dabei sind die strengen Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit zu gewährleis-
156 ten.

157 **Die Berliner Verwaltungsausbildung braucht mehr Innovation.** Wir müssen die gegen-
158 wärtige Verwaltungsausbildung vor dem Hintergrund künftiger (digitaler) Herausforde-
159 rungen verbessern. Es bedarf einer digitalen Verwaltungsgrundausbildung, geeigneter
160 Nachwuchsförderprogramme und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter. Wir
161 möchten außerdem die Bildung von „Cross Kompetenzen“ der Mitarbeiter stärken, um so
162 auf steigende Anforderungen zu reagieren. Dazu ist ein verstärkter Austausch der Mitar-
163 beiter nötig.

164 **Wir fordern ein Online-Bewerbungsportal für die Berliner Verwaltung („E-
165 Recruiting“).** Dieses soll ermöglichen, sich für Jobs in der Berliner Verwaltung online zu
166 bewerben – eine Praxis, die in den meisten Unternehmen längst Wirklichkeit ist.

167 **5. Keine Digitalisierung ohne ein leistungsfähiges und innovatives ITDZ**
168 **– Wir entwickeln das ITDZ vom Rechenzentrum zum führenden IT-**
169 **Dienstleister.**

170 IT-Dienstleistern kommt eine zentrale Rolle zu, da sie als unabhängige Beratungsinstanz
171 dienen und die Fähigkeit haben, technische Möglichkeiten in Verwaltungsmodernisierung
172 zu übersetzen.

173 Für die Entwicklung der Berliner Verwaltungs-IT ist die erfolgreiche Einbindung des Berli-
174 ner IT-Dienstleistungszentrums (ITDZ) notwendig. Das ITDZ ist der langjährige IT-Partner
175 der Berliner Verwaltungen und daher vielfach verbunden.

176 Es gilt zu untersuchen, welchen Mehrwert das Berliner ITDZ bei der erfolgreichen Umset-
177 zung einer Digitalen Agenda für Berlin leisten kann.

178 **Ziele**

179 **Das ITDZ Berlin ist der prioritäre Partner des Landes Berlin, muss sich aber weiterent-**
180 **wickeln.** Das ITDZ soll damit zum ersten und zentralen Ansprechpartner bei der Entwick-
181 lung und Implementierung von IT-Lösungen im Land Berlin werden. Das ITDZ soll sich da-
182 bei auf die wichtigsten Aufgaben der elektronischen Verwaltung konzentrieren und nicht
183 das Ziel eines digitalen Alleskönners verfolgen. Es bedarf außerdem geeigneten Restruktu-
184 rierungen im ITDZ Berlin, um den erwarteten Mitarbeiterrückgang zu kompensieren.

185 **Die Gewinne des ITDZ Berlin müssen auch im ITDZ bleiben.** Nur so können wir langfris-
186 tig Innovationen und Investitionen für die Berliner IT-Infrastruktur ermöglichen.

187 **Wir wollen mehr Kooperation zwischen den einzelnen IT-Dienstleistungszentren.** Wir
188 streben daher einen verstärkten Austausch mit den IT-Dienstleistungszentren in anderen
189 Bundesländern an. Neben der technischen Kooperation können so Erfahrungen, etwa bei
190 der Einführung der E-Akte, ausgetauscht und die technisch und wirtschaftlich besten Ver-
191 fahren entwickelt werden („Best Practice“) Es ist außerdem zu prüfen, wie sinnvoll eine
192 Spezialisierung auf bestimmte Bereiche (z.B. Steueranwendungen) je ITDZ ist.

193 **Das ITDZ Berlin soll einen „Berlin PC“ entwickeln.** Dieser „Berlin PC“ soll den standardi-
194 sierten Anforderungen der Berliner Verwaltung entsprechen, die spezifischen Anwendun-
195 gen der Fachverwaltungen ermöglichen und eine kostengünstige Beschaffung ermögli-
196 chen. Er soll im Wettbewerb mit anderen Bundesländern entwickelt werden. Das geeig-
197 netste Modell soll den Zuschlag erhalten – unabhängig ob es vom ITDZ bereitgestellt wird
198 oder nicht.

199 **6. Ausbau der digitalen Verwaltungsangebote – Wir schaffen Leitpro-** 200 **jekte mit klar erkennbarem Bürgernutzen.**

201 Berlin hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich begonnen, den Bürgern Verwal-
202 tungsangebote auch im Internet zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Online-Angebote der
203 Berliner Verwaltung sind zentral unter service.berlin.de abrufbar.

204 Der Bürgerzugang muss jedoch konsequent vereinfacht und das Angebot an digitalen
205 Verwaltungsleistungen ausgebaut werden. Eine bürgerfreundliche, unternehmensfreund-
206 liche, effiziente und sichere Verwaltung ist ohne Digitalisierung nicht realisierbar.

207 **Ziele**

208 **Wir bauen die Online-Angebote der Berliner Verwaltung aus.** Die Berliner Verwaltung
209 braucht Digitale Leitprojekte mit klar erkennbarem Nutzen für Bürger und Unternehmen.
210 Die bestehenden Onlineverfahren müssen weiter konsequent und medienbruchfrei ausge-
211 baut werden. Ziel ist, dass ein Großteil der Prozesse zwischen Bürgern und Staat online
212 ausgetragen werden können, z.B. die An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen, die Bean-
213 tragung von Anwohnerparkausweisen, Beihilfeanträge etc. Derartige Online-Verfahren
214 entlasten die Verwaltung und ersparen Bürgern und Unternehmen zeitraubende Termine
215 mit langen Wartezeiten auf den verschiedenen Ämtern.

216 **Wir bauen die elektronischen Vergabeverfahren konsequent aus.** Weniger als 1 Prozent
217 der Vergaben der Berliner Verwaltungen an Unternehmen erfolgen elektronisch. Papier-
218 ausschreibungen sind für Verwaltung und Unternehmen kosten- und zeitaufwendig. Durch
219 Einführung von zentralen Kreditorenummern mit den Stammdaten der bietenden Unter-

220 nehmen und die Einführung eines effizienten Online-Vergabe-Verfahrens wollen wir die
221 Vergabe staatlicher Leistungen vereinfachen.

222 **Berlin muss zum „One-Stop-Government“ werden.** Entsprechend der einheitlichen Be-
223 hördenrufnummer 115 sollen Behördenleistungen über ein zentrales Behördenportal mit
224 einer verständlichen Navigation abrufbar werden. Um den vollen Zugang zu gewährleis-
225 ten, soll der Einsatz der erweiterten Funktion des elektronischen Personalausweises aus-
226 gebaut, ein sicherer Zugang für mobile Endgeräte geschaffen und noch bestehende
227 Schriftformerfordernisse reduziert werden.

228 **Wir fordern die Bündelung von Online-Verwaltungsdienstleistungen.** So sollen alle on-
229 line verfügbaren Verwaltungsdienstleistungen auf dem bereits vorhandenen Portal
230 www.service.berlin.de gebündelt werden.

231 **Wir fordern die Einführung von Bürgerkonten.** Um eine ganzheitliche und einheitliche
232 Kommunikation zwischen Bürger und Staat sicherzustellen, müssen die Bürgerkonten zu
233 einem digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden So sind zum einen Stammdaten
234 für alle Behörden einsehbar, aber auch alle Verwaltungsvorgänge für Bürger einsehbar.

235 **Wir ermöglichen den Zugang zu und die Nutzung von öffentlichen Daten („Open-
236 Data“).** Daher setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Open-Data-Initiative ein.
237 Auf dem Portal daten.berlin.de müssen nach und nach alle nicht sicherheitsrelevanten
238 öffentlichen Daten, etwa Geoinformationsdaten, zur Verfügung gestellt werden. Diese
239 Daten stehen dann der Entwicklung neuer Anwendungen und Geschäftsideen durch die
240 vielen Kreativen unserer Stadt offen.

241 **Die Probleme und Anliegen der Bürger müssen gelöst werden.** Egal, ob Online oder Off-
242 line: Wenn ein Bürger ein Anliegen hat, muss dieses gelöst werden! Nur so können wir er-
243 reichen, dass die Bürger die Verwaltung als Dienstleister und nicht als „Amt“ wahrnehmen.

244 **7. Möglichkeiten der digitalen Teilhabe erörtern – Wir machen Berlin**
245 **zum Vordenker beim Thema Online-Partizipation.**

246 Mit der Digitalisierung der Gesellschaft rücken Fragen rund um digitale Partizipations-
247 möglichkeiten in den Fokus. Die Menschen möchten Antworten, wie die Zukunft des poli-
248 tischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozesses aussieht.

249 **Ziele**

250 **Wir müssen den Bürgern auch digital zuhören.** Dies betrifft insbesondere Großprojekte.
251 Wir fordern daher die Einrichtung einer Online-Plattform, die es dem Bürger erlaubt, zu
252 bestimmten Vorhaben konstruktiv seine Meinung zu äußern.

253 **Meinungsbildung und Entscheidungsfindung müssen in Berlin auch digital stattfinden.**

254 Es ist Aufgabe der Berliner Politik, die Möglichkeiten der politischen Teilhabe im Internet
255 auszubauen. Es soll vor diesem Hintergrund untersucht werden, welche digitalen Möglich-
256 keiten für Wahlen und Volksbegehren bestehen. Derzeit müssen die Bezirke die Unter-
257 schriften bei Volksbegehren per Hand auszählen. Das ist zeit- und ressourcenaufwändig. In
258 jedem Falle muss jedoch sichergestellt werden, dass sämtliche Formen von Online-
259 Abstimmungen die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und ge-
260 heimen Wahl erfüllen und dass Manipulationen, z. B. durch gezielte Angriffe ausgeschlos-
261 sen sind. Ob die elektronische Signatur dafür ausreichend sicher ist, bedarf der sorgfälti-
262 gen Untersuchung.

263 **8. Freies Netz für freie Bürger – Wir stehen für eine Netzpolitik für alle**
264 **Bürger.**

265 Hier geht es uns vor allem um drei aktuelle Fragen:

266 Zum Einen: Dürfen wir uns nur um die sogenannten „Digital Natives“ kümmern, diejeni-
267 gen also, die mit digitalen Technologien aufgewachsen sind, oder müssen wir auch die „Di-
268 gital Outsiders“ im Blick haben, denen die digitale Welt bislang verschlossen ist.

269 Zum Zweiten: Dürfen wir unterschiedliche Übertragungsgeschwindigkeiten im Internet
270 gegen besonderes Entgelt zulassen oder stellen diese eine unzulässige Diskriminierung
271 dar?

272 Und schließlich: Wir wollen endlich das freie WLAN in Berlin auf den Weg bringen.

273 **Ziele**

274 **Digitale Daseinsvorsorge: Wir wollen ein freies Netz für alle Bürger:** Allen Bürgern muss
275 der Zugang zum Netz offen stehen. Ohne Zugang zum Netz ist heute keine ausreichende
276 Teilnahme am öffentlichen Leben möglich. Daher ist der Zugang zum Netz Teil der öffent-
277 lichen Daseinsvorsorge, die der Staat allen Bürgern gewähren muss. Dafür werden wir uns
278 einsetzen.

279 **Die Netzneutralität ist die Grundlage der digitalen Daseinsvorsorge.** Netzneutralität ist
280 kein Thema, das allein aus Berlin getrieben werden kann. Wir haben jedoch den Anspruch,
281 das Berlin als digitale Leitmetropole beim Führen des Diskurses über Netzneutralität eine
282 Führungsrolle übernimmt.

283 **Wir treten für den Grundsatz der Netzneutralität ein.** Das bedeutet für uns, dass

- 284 ▪ eine Drosselung oder Blockade bestimmter Inhalte und Dienste grundsätzlich unzuläs-
285 sig ist,
- 286 ▪ eine vorrangige Übermittlung von Daten nur in Ausnahmefällen zulässig ist, insbeson-
287 dere wenn Unternehmen auf eine beschleunigte Übermittlung angewiesen sind,
- 288 ▪ alle Inhalte und Anwendungen grundsätzlich gleichbehandelt werden müssen und nur
289 klar geregelte Ausnahmen gestattet sind,
- 290 ▪ für solche belegbaren notwendigen Ausnahmen, wie beispielsweise das legitime kurz-
291 fristige Überlastungs- und Traffic-Management, klare und transparente Regeln geschaf-
292 fen werden,
- 293 ▪ Innovation und Entwicklung von neuen Anwendungen durch die zu schaffenden bun-
294 desrechtlichen Regelungen nicht gebremst werden dürfen.

295 **Unsere Netzpolitik will alle Menschen einbeziehen.** Es ist Aufgabe einer bedarfsgerech-
296 ten Netzpolitik, „Digital Natives“ und „Digital Outsiders“ gleichermaßen anzusprechen
297 und miteinander zu verbinden. Wir müssen einen Mindeststandard definieren, der es je-
298 dem Bürger – unabhängig von seinem sozialen oder ökonomischen Status - ermöglicht, an
299 der digitalen Welt umfassend zu teilzunehmen.

300 **Ein kostenloses WLAN-Netz gehört zu einer modernen Stadt.** Um die Ausweitung von
301 bereits bestehenden oder individuellen WLAN-Netzen in der Stadt zu ermöglichen, haben
302 wir daher eine Initiative für eine Änderung der Betreiberhaftung gestartet und werden
303 auch weiterhin nicht locker lassen. Es muss vorangehen, denn was Düsseldorf kann, sollte
304 auch in Berlin möglich sein!

305 **9. Ein Standortvorteil für Berlin – Wir vermarkten *Datenschutz Made in*** 306 ***Germany.***

307 Die Digitalisierung stellt den Datenschutz vor neue Herausforderungen. Spätestens seit
308 der NSA-Affäre stellt sich die Frage nach Bedeutung und Bedarf digitaler Bürgerrechte.

309 Trotz aller Bedenken hat Deutschland einen der anerkanntesten Datenschutz-Standards
310 weltweit. Mittlerweile gilt der deutsche Datenschutz als Maßstab, und es ist für immer
311 mehr Firmen wichtig, ihre Daten nach diesem Standard in Deutschland zu sichern.

312 ***Ziele:***

313 **Wir bekennen uns zum hohen deutschen Datenschutzniveau.** Der Staat hat die Aufgabe
314 die Privatsphäre der Bürger sicherzustellen. Dies ist umso wichtiger, wenn personenbezo-
315 gene Informationen, etwa Gesundheitsdaten, betroffen sind. Wir setzen uns dafür ein,
316 dass auch auf europäischer Ebene ein Höchstmaß des deutschen Datenschutzniveaus zum
317 Standard wird.

318 ***Datenschutz Made in Germany vermarkten.*** Berlin als digitale Leitmetropole muss sich
319 unserer Stärken im Datenschutz bewusst werden und diese aktiv nach außen kommunizie-
320 ren. *Ein hohes Datenschutzniveau wird von Unternehmen nicht mehr als lästige Pflicht, son-*
321 *dern als Qualitätsmerkmal erkannt.* So werden z. B. Cloud-Services Made in Germany ein
322 erheblich höheres Vertrauen entgegengebracht. Dies ist ein ökonomischer Wert und ein

323 Standortvorteil Made in Germany, den wir für Berlin nutzen wollen. Berlin sollte für sich
324 als Unternehmensstandort für sichere Cloud-Services werben. Das ITDZ sollte interessier-
325 ten Unternehmen seine Erfahrungen beim Aufbau einer sicheren Cloud für die Berliner
326 Verwaltung zur Verfügung stellen.

327 **10. IT-Sicherheit als digitale Selbstverteidigung – Wir wollen die (IT-) Inf-**
328 **rastruktur von Verwaltung und Unternehmen in Berlin effektiv schüt-**
329 **zen.**

330 Die fortschreitende Digitalisierung des öffentlichen Lebens birgt auch Risiken. Fast die
331 gesamte Versorgung der Metropole Berlin, z. B. mit Strom, Wasser, Gas, öffentlicher Nah-
332 verkehr, wird mittels IT gesteuert. Diese Berliner IT-Infrastruktur ist das Nervensystem von
333 Verwaltung und Wirtschaft. Angriffe von außen, Sabotage von innen oder ein technischer
334 Blackout haben gravierende Folgen für die ganze Stadt. So kann etwa ein Totalausfall von
335 Strom oder Wasser das öffentliche Leben zum Erliegen bringen.

336 Erhebliche Defizite bestehen nach einer Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der In-
337 formationstechnik (BSI) auch im Bereich der IT-Sicherheit von kleinen und mittleren Un-
338 ternehmen. Auch sie verwalten schützenswerte Daten über Mitarbeiter, Kunden und ihr
339 technisches Know-how und sind Ausspähversuchen ausgesetzt.

340 **Ziele:**

341 **Der Schutz von kritischen Infrastrukturen hat oberste Priorität.** Berlin muss seine kriti-
342 schen Infrastrukturen identifizieren und gegen gezielte Cyber-Angriffe schützen. Dazu
343 sollte ein mit Durchgriffsrechten versehener IT-Sicherheitsbeauftragter des Landes Berlin
344 im Arbeitsstab des zu schaffenden CIO geschaffen werden.

345 **Wir wollen ein Computer Emergency Response Team (CERT) für Berlin.** Diese muss mit
346 dem CERT des Bundes und der anderen Bundesländer vernetzt werden. Aufgabe des Ber-
347 lin-CERT ist der Betrieb eines Warn- und Informationsdienstes zu gezielten Cyberangriffen
348 auf Regierungsstellen, Verwaltungen und Unternehmen, insbesondere solche der kriti-
349 schen Infrastruktur, und Bürgern., das Erkennen von Schwachstellen und Sicherheitslücken
350 sowie aktueller Bedrohungen, so dass diesen angemessen begegnet werden kann.

351 **Wir fordern die Einrichtung eines Cyber-Sicherheits-Forums.** Dieses sollte aus Vertre-
352 tern der Senatsverwaltungen für Inneres und Wirtschaft sowie den betroffenen Sicher-
353 heitsbehörden bestehen, nach dem Vorbild „Arbeitskreis Cybersicherheit Sachsen“. Das
354 Cluster soll regelmäßig die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet der Cybersicherheit
355 bewerten und damit einen aktiven Beitrag zu einer sicheren IT-Infrastruktur leisten.

356 **Die Berliner Verwaltung muss Penetrationstest in ihren Netzen durchführen.** Nur so
357 kann ermittelt werden, ob, und wenn ja, mit welcher Frequenz Angriffe aus dem Netz
358 stattfinden, wo sich die Sicherheitslücken befinden und wie diese zu schließen sind.

359 **Wir müssen die Verwaltungsmitarbeiter richtig fortbilden.** Die Mitarbeiter der Verwal-
360 tung müssen in regelmäßigen Abständen Schulungen zur IT-Sicherheit und über Gefahren
361 und Risiken durch Cyberangriffe angeboten werden. Wir müssen an den richtigen Stellen
362 das Bewusstsein für Gefahren aus dem Netz vermitteln. Fortbildung ist die beste Investiti-
363 on in die IT-Sicherheit!

364 **Sensibilisierung – Beratung und Schulung – Zertifizierung – IT-Sicherheits-TÜV: Vier**
365 **Schritte zur IT-Sicherheit:** Die Diskussion infolge der NSA-Affäre hat viele Bürger und
366 Unternehmen für die Gefahren sensibilisiert, die sich aus einem laxen Umgang mit dem
367 Schutz ihrer IT ergeben. Studien belegen, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen
368 die Risiken erahnen, aber nicht vermeiden. Das muss sich ändern. Denn der Schutz von
369 sensiblen Daten von Mitarbeitern, Kunden und Geschäftsgeheimnissen liegt auch im öf-
370 fentlichen Interesse. Wir können uns dabei ein abgestuftes Verfahren vorstellen: Als ers-
371 ten Schritt wollen wir die Unternehmen für die Gefahren weiter sensibilisieren. Zweitens
372 wollen wir Beratungsangebote schaffen, um fachliche Hilfestellungen zu leisten. Dabei
373 könnte das ITDZ eine tragende Rolle spielen. Drittens sollte auf Bundesebene ein Zertifi-
374 zierungsverfahren zur IT-Sicherheit geschaffen werden, das anders als die BSI-
375 Zertifizierung mit vertretbarem Zeit- und Kostenaufwand für kleinere Unternehmen er-
376 reichbar ist. Sollten diese Maßnahmen die Datensicherheit in den Unternehmen in abseh-
377 barer Zeit nicht signifikant steigern, muss die gesetzliche Einführung eines IT-Sicherheits-
378 TÜVs auf Bundesebene erwogen werden. Ziel wäre es, dass ein öffentlich-bestellter IT-
379 Sicherheitsbeauftragter in regelmäßigen Abständen Unternehmen daraufhin untersucht,
380 ob sie die Mindeststandards zum Schutze ihrer IT-Sicherheit ergreifen.

381 **11. Die Bürger vor Cybercrime schützen – Wir wollen das Recht im Netz**
382 **durchsetzen.**

383 Die digitale und die „herkömmliche“ Welt entwickeln sich in unterschiedlichen Geschwin-
384 digkeiten.

385 Berlin muss Antworten finden, wie die Bürger im Netz besser geschützt werden können.
386 Darüber hinaus müssen Justiz und Strafverfolgungsbehörden auf neue, digitale Anforde-
387 rungen und Herausforderungen ausgerichtet werden.

388 **Ziele:**

389 **Die Berliner Staatsanwaltschaft muss fit für das digitale Zeitalter gemacht werden.**

390 Berlin hat als erste Reaktion bereits eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gebildet, die
391 in „neuen“ Verbrechensgebieten ermittelt. Dieser Ansatz muss evaluiert und weiter aus-
392 gebaut werden.

393 **Die Berliner Polizei- und Justizbehörden brauchen eine Digitalstrategie.** Dabei müssen
394 die zuständigen Stellen zusammengelegt/ausgebaut werden, um so eine organisier-
395 te/konzertierte Abwehr von Cyberkriminalität zu ermöglichen. Federführend dabei soll der
396 neu geschaffene Berliner CIO sein.

397 **Wir müssen die Kooperation mit der Privatwirtschaft stärken.** Es muss ein intensiverer
398 Austausch zwischen Sicherheitsexperten in der Verwaltung und aus Unternehmen statt-
399 finden. Es müssen unter Umständen auch die nötigen Gelder bereitgestellt werden, um
400 Experten aus der Wirtschaft in beratender Tätigkeit zur Verbesserung der Sicherheitsinfra-
401 struktur zu beschäftigen.

402 **Wir brauchen zielführende Verbraucherschutzinformationen.** Die bestehenden Ver-
403 braucherschutzinformationen, etwa hinsichtlich des Schutzes vor nicht beabsichtigten Kos-
404 ten oder ungewollte Aktivierung von etwa Apps müssen ausgebaut werden.

405 **Berlin muss sich noch besser um Opfer von Cyberkriminalität kümmern.** Wenn es be-
406 reits zu spät ist, müssen organisierte Formen der Beratung für Opfer bekannt gemacht
407 werden, so dass sie genutzt werden können.

408 **12. Schüler und Lehrer gleichermaßen auf die Zukunft vorbereiten – Wir**
409 **wollen Schulen und Universitäten in die digitalisierte Gegenwart ho-**
410 **len.**

411 Nach einer aktuellen Studie sind in der Gruppe der 9-24jährigen fast 100% online und über
412 70% sogar täglich online. Treffen Schüler und Lehrer beim Thema Digitalisierung aufei-
413 nander, findet jedoch oft eine Begegnung unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten statt.

414 Kindern und Jugendlichen fehlt nicht selten die nötige Umsicht beim Schutz ihrer persönli-
415 chen Daten, sie verfügen aber spielerisch über die technische Kompetenz zum Umgang mit
416 sogenannten Sozialen Netzwerken im Internet. Nicht selten geben sie unbedacht und zu
417 ihrem späteren Bedauern Privates preis.

418 Die fortschreitende Digitalisierung bietet aber auch eine Vielzahl von neuen Möglichkei-
419 ten für Ausbildungs- und Weiterbildung, etwa durch die Nutzung von E-Learning-
420 Möglichkeiten.

421 **Ziele**

422 **Wir fordern eine digitale Qualifizierungsoffensive für Berliner Lehrer und Professoren.**

423 Wir müssen sicherstellen, dass die Themen IT und Internet als selbstverständlicher Teil des
424 Unterrichts und von Schule begriffen werden. Dies gilt einerseits für die Unterrichtsgestal-
425 tung als auch für die digitalisierte Verwaltung einer modernen Schule. Beides setzt eine
426 qualifizierte Fortbildung der Mitarbeiter voraus.

427 **Wir wollen, dass die Berliner Schulen Medienkompetenz vermitteln.** Im Vordergrund
428 sollten folgende Fragen stehen:

- 429 ▪ Wie bewerte ich Informationen?
- 430 ▪ Wie gehe ich mit Informationen um?
- 431 ▪ Wie kommen diese Informationen zustande?
- 432 ▪ Welche Daten müssen geschützt werden?

433 Darüber hinaus müssen Schulen die nötige soziale Kompetenz im Internet vermitteln
434 (Stichwort Cybermobbing).

435 **Die Schulprozesse in Berlin müssen künftig digital abgebildet werden.** Nur durch digita-
436 lisierte Schulverwaltungen können die Chancen digitaler Bildung genutzt werden. Auch
437 bieten IT-Systeme eine Vielzahl von Möglichkeiten, Ausbildungs- und Weiterbildungspro-
438 zesse digital abzubilden.

439 **Wir fordern den Ausbau von eLearning-Angeboten in Berlin.** Diese moderne Form der
440 Aus- und Weiterbildung muss sowohl in Schulen und Universitäten Anwendung finden, als
441 auch in der öffentlichen Verwaltung zur Weiterbildung der Mitarbeiter. Sowohl der Bil-
442 dungsapparat als auch die öffentliche Verwaltung muss von den Erfahrungen der Wirt-
443 schaft profitieren („Best Practice“).

444 **Wir brauchen bessere Ausbildung in den MINT-Fächern:** Wenn die Zukunft „digital“ ist,
445 dann müssen die Schüler flächendeckend darauf vorbereitet werden. Insbesondere der
446 Informatik-Unterricht muss verbessert werden. Dies kann nicht über Nacht geschehen und
447 braucht eine konsequente Planung. Wir fordern den Senat auf ein Konzept vorzulegen, das
448 darlegt, wie der Unterricht in diesen Fächern verbessert und genügend Lehrer fortgebildet
449 und qualifiziert werden können.

